

1976	Ausgegeben zu Bonn am 10. September 1976	Nr. 49
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
6. 9. 76	<b>Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr</b> .....	1521
7. 9. 76	<b>Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 140 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974 über den bezahlten Bildungsurlaub</b> .....	1526
2. 9. 76	Verordnung zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen .....	1533
3. 8. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über Kapitalhilfe .....	1535
6. 8. 76	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand über Kapitalhilfe .....	1537
19. 8. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial .....	1539
20. 8. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät .....	1539
25. 8. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt .....	1540
26. 8. 76	Bekanntmachung über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums .....	1540

### **Gesetz zu dem Abkommen vom 31. Oktober 1975 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr**

Vom 6. September 1976

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

#### **Artikel 1**

Dem in Peking am 31. Oktober 1975 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China über den Seeverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

#### **Artikel 2**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

#### **Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 19 Abs. 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 6. September 1976

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister für Verkehr  
K. Gscheidle

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

**Abkommen  
zwischen der Bundesrepublik Deutschland  
und der Volksrepublik China  
über den Seeverkehr**

**中华人民共和国和  
德意志联邦共和国海运协定**

MIT DEM ZIEL, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zu entwickeln und die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Seeverkehrs zu stärken,

SIND die Regierungen beider Staaten in Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

In diesem Abkommen bezeichnet

„Schiff einer Vertragspartei“ ein Handelsschiff, das berechtigt ist, die Flagge der Bundesrepublik Deutschland oder die Flagge der Volksrepublik China zu führen;

„Besatzungsmitglied“ den Kapitän und eine Person, die während einer Reise Aufgaben oder Dienste an Bord wahrnehmen, die einen in Artikel 11 bezeichneten Identitätsausweis mit sich führen und deren Namen in der Musterrolle des Schiffes aufgeführt sind.

Artikel 2

Die Schiffe jeder Vertragspartei sind berechtigt, zwischen den dem internationalen Handelsverkehr geöffneten Häfen der beiden Vertragsparteien zu fahren und Fahrgäste und Güter zwischen den beiden Vertragsparteien oder zwischen einer von ihnen und Drittstaaten zu befördern.

Schiffe, welche die Flagge von Drittstaaten führen und von Seeschiffsunternehmen einer Vertragspartei eingesetzt werden, können sich ebenfalls an den genannten Beförderungen beteiligen.

Artikel 3

Jede Vertragspartei hat im Rahmen des internationalen Seeverkehrs Handlungen zu unterlassen, welche eine Flaggendiskriminierung gegenüber Schiffen der anderen Vertragspartei oder gegenüber den in Artikel 2 Absatz 2 bezeichneten Schiffen anderer Staaten darstellen, gegen die von keiner Vertragspartei Einwände erhoben werden.

Artikel 4

Die Vertragsparteien gewähren den in Artikel 1 bezeichneten Schiffen und ihrer Besatzung, solange die Schiffe einer Vertragspartei die Hoheitsgewässer der anderen Vertragspartei befahren oder in ihre Häfen einlaufen, von dort auslaufen oder sich dort aufhalten, die Meistbegünstigung bei der Erhebung von Steuern, Gebühren und sonstigen Abgaben jeder Art, bei der Zollabfertigung, der Durchführung der Quarantäne, der Hafentormalitäten und der Hafenanordnung, beim Liegen am Kai oder vor Anker, beim Verholen, Laden und Löschen, Ein- und Ausschiffen der Fahrgäste und Umladen der Güter sowie bei der Lieferung von Versorgungsgütern jeder Art für Schiff, Besatzung und Fahrgäste.

为了发展中华人民共和国和德意志联邦共和国之间的友好关系和加强海运方面的合作,两国政府按照平等互利的原则,达成协议如下:

第 一 条

本协定中:

“缔约一方船舶”是指有权悬挂中华人民共和国国旗或德意志联邦共和国国旗的商船。

“船员”是指航次中在船上工作或服务的、持有本协定第十一条所指身份证件并列入该船船员名单的船长和人员。

第 二 条

缔约任何一方的船舶有权在缔约双方对外开放的国际通商港口间航行,承运缔约双方之间或缔约双方中的任何一方与第三国间的旅客和货物。

悬挂第三国国旗并由缔约任何一方的航运企业所经营的船舶,也可参加上述运输。

第 三 条

缔约任何一方在国际海上运输范围内,对缔约另一方或本协定第二条第二段所指的缔约双方均不反对的其他国家的船舶,不得采取任何构成船旗歧视的行动。

第 四 条

缔约双方对本协定第一条所指的缔约一方的船舶及其船员,在缔约另一方领海航行或进出、停泊港口时,在征收各种税捐和费用,在执行海关、检疫、港口规章和手续,在港口和锚地停泊、移泊、装卸、上下旅客和转载货物以及船舶、船员和旅客所需的各种供应方面,应给予最惠国待遇。

Hafeneinrichtungen einer Vertragspartei, einschließlich derjenigen zum Laden, Löschen und zur Einlagerung am Kai, an Land oder zu Wasser sowie Navigationshilfen und Lotsendienste des Hafens, werden in Übereinstimmung mit der Meistbegünstigung den Schiffen der anderen Vertragspartei zur Verfügung gestellt.

#### Artikel 5

Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihrer Gesetze und Hafenordnungen alle geeigneten Maßnahmen, um den Seeverkehr zu erleichtern und zu beschleunigen, bei den Schiffen unnötige Verzögerungen zu vermeiden und um die Zollabfertigung und die Abwicklung sonstiger Formalitäten im Hafen soweit wie möglich zu vereinfachen und zu beschleunigen.

#### Artikel 6

Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf die Küstenschifffahrt. Fährt ein Schiff einer Vertragspartei zwischen Häfen der anderen Vertragspartei, um aus dem Ausland beförderte Güter zu löschen und Fahrgäste auszuschießen oder um Güter und Fahrgäste zur Beförderung ins Ausland an Bord zu nehmen, so gilt dies nicht als Küstenschifffahrt.

#### Artikel 7

Eine Vertragspartei erkennt die Urkunden über die Nationalität der Schiffe an, welche die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei nach ihren Gesetzen ausgestellt haben.

Eine Vertragspartei erkennt ohne nochmalige Vermessung oder Besichtigung die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ausgestellten Schiffsmeßbriefe und sonstigen Schiffspapiere an. Bei der Berechnung sämtlicher Hafengebühren werden diese Dokumente zugrunde gelegt.

#### Artikel 8

Eine Vertragspartei erhebt keinerlei Steuern von den im internationalen Seeverkehr erzielten Einnahmen der Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei, die den Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsführung im Gebiet der anderen Vertragspartei haben.

#### Artikel 9

Jede Vertragspartei räumt den Seeschiffsverkehrsunternehmen der anderen Vertragspartei das Recht ein, die im Gebiet der erstgenannten Vertragspartei aus dem Seeverkehr erzielten Einnahmen in einer Währung und zu einem Umrechnungskurs, die für beide Vertragsparteien annehmbar sind, frei zu transferieren.

#### Artikel 10

Gerät ein Schiff einer Vertragspartei in den Hoheitsgewässern oder in einem Hafen der anderen Vertragspartei in Seenot oder in eine andere Gefahrenlage, so gewährt die letztgenannte Vertragspartei dem in Not geratenen Schiff, der Besatzung, den Fahrgästen und Gütern jede mögliche Unterstützung und Betreuung und unterrichtet auf schnellstem Wege die zuständigen Behörden der betroffenen Vertragspartei. Bei der Erhebung von Gebühren findet keinerlei Diskriminierung statt.

Müssen die an Bord des in Not geratenen Schiffes geladenen Güter zum Zweck der Rückbeförderung in das Einschiffungsland oder der Beförderung in einen Drittstaat ausgeladen, auf ein anderes Schiff umgeladen oder zeitweilig an Land gelagert werden, so gewährt die andere Vertragspartei alle erforderlichen Erleichterungen und erhebt keinerlei Zölle, Gebühren und sonstige Abgaben.

Die Vertragspartei, die die Hafeneinrichtungen stellt, stellt auch die Hafeneinrichtungen einer Vertragspartei, einschließlich derjenigen zum Laden, Löschen und zur Einlagerung am Kai, an Land oder zu Wasser sowie Navigationshilfen und Lotsendienste des Hafens, in Übereinstimmung mit der Meistbegünstigung den Schiffen der anderen Vertragspartei zur Verfügung.

### 第五 条

缔约双方在本国法律和港口规章的范围内,应采取一切适当的措施,以便利和加速海上运输,防止船舶不必要的延误,并尽量简化和加速办理海关和港口其他手续。

### 第六 条

本协议定的规定不适用于沿海航行。当缔约任何一方的船舶为了卸下从国外运来的货物和旅客,或装载货物和旅客运往国外,而在缔约另一方的港口间航行时,不作为沿海航行。

### 第七 条

缔约一方应承认缔约另一方主管当局按照本国法律颁发的船舶国籍证书。

缔约一方应承认缔约另一方主管当局颁发的吨位证书和其他船舶证书,无须重新丈量 and 检验。港口有关的一切费用应以这些证书为根据进行计算。

### 第八 条

缔约一方对缔约另一方境内设有有效管理部门的缔约另一方的航运企业从事国际海上运输所获得的收入,免征一切形式的税捐。

### 第九 条

缔约一方对缔约另一方的航运企业在其境内的任何海运收入,按缔约双方可接受的货币和兑换率,应给予自由汇款的权利。

### 第十 条

如缔约一方的船舶,在缔约另一方领海或港口发生海难或遭遇到其他危险时,缔约另一方对遇难船舶、船员、旅客和货物应给予一切可能的协助和照顾,并以最快的方法通知缔约一方有关当局。在收费方面不应有任何歧视。

如遇难船舶上装载的货物必需卸下,转往他船,或暂时在岸上存放,以便运回起运国或运往第三国,缔约另一方应提供一切所需方便,并免征一切关税和税捐。

## Artikel 11

Eine Vertragspartei erkennt die von den zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei ordnungsgemäß ausgestellten Identitätsausweise des Kapitäns und der Besatzung an. Als Identitätsausweise der Bundesrepublik Deutschland gelten der Reisepaß für den Kapitän und das Seefahrtbuch für die Besatzung; als Identitätsausweis der Volksrepublik China gilt das Seefahrtbuch.

## Artikel 12

Hält sich ein Schiff einer Vertragspartei in einem Hafen der anderen Vertragspartei auf,

- (1) so sind Besatzungsmitglieder, die einen in Artikel 11 genannten Identitätsausweis mit sich führen, berechtigt, in Übereinstimmung mit den in dem Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetzen und Bestimmungen an Land zu gehen und sich in dem Ort, in dem der betreffende Hafen liegt, aufzuhalten;
- (2) so gestehen die zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei einem Besatzungsmitglied, das im Krankheitsfall in ein Krankenhaus im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei aufgenommen wurde, die zur Wiederherstellung der Gesundheit erforderliche Aufenthaltsdauer zu;
- (3) so sind die Bediensteten der diplomatischen oder konsularischen Vertretungen einer Vertragspartei und der Kapitän sowie die Besatzungsmitglieder dieser Vertragspartei berechtigt, unter Beachtung der im Aufenthaltsland geltenden einschlägigen Gesetze und Bestimmungen miteinander in Verbindung zu treten und zusammenzutreffen.

## Artikel 13

Besatzungsmitglieder eines Schiffes einer Vertragspartei und an- oder abmusternde Seeleute dürfen nach Erteilung eines Sichtvermerks durch das Gebiet der anderen Vertragspartei reisen, um sich heimschaffen zu lassen, um sich auf ihr Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben oder aus einem anderen für die zuständigen Behörden der anderen Vertragspartei annehmbaren Grunde. Der betreffende Sichtvermerk ist in möglichst kurzer Zeit zu erteilen.

## Artikel 14

Für die an Bord eines Schiffes einer Vertragspartei befindlichen Besatzungsmitglieder aus Drittstaaten einschließlich der an- oder abmusternden Seeleute gelten als Identitätsausweise die von den zuständigen Behörden der Staaten, gegen die keine Vertragspartei Einwände erhebt, ordnungsgemäß ausgestellten Identitätsausweise.

Die Vertragsparteien gewähren gemäß ihren einschlägigen Gesetzen und Bestimmungen den in Absatz 1 genannten Seeleuten die in den Artikeln 12 und 13 vorgesehene Behandlung.

## Artikel 15

Die Schiffe und Besatzungsmitglieder einer Vertragspartei haben während des Aufenthalts in den Hoheitsgewässern, den Binnengewässern und den Häfen der anderen Vertragspartei deren einschlägige Gesetze und Bestimmungen einzuhalten.

## 第 十 一 条

缔约一方承认缔约另一方主管当局颁发的船长和船员身份证件。

中华人民共和国主管当局颁发的身份证件：“海员证”；

德意志联邦共和国主管当局颁发的身份证件：船长为“护照”、船员为“海员证”。

## 第 十 二 条

缔约一方的船舶在缔约另一方港口停留时：

一、持有本协议第十一条所指身份证件的船员，可按所在国现行的有关法律和规定上岸并在该港口所在的城镇停留；

二、船员因病在缔约一方境内住院时，该方主管当局应准其停留至恢复其健康所需要的时间；

三、缔约一方的使、领馆官员和该方的船长、船员，在遵守所在国现行的有关法律和规定的情况下，有权相互联系与会见。

## 第 十 三 条

缔约一方船舶上的船员，或上船任职或离船的海员，为遣返回国、登其本船或登另一条船，或为缔约另一方有关当局所能接受的任何其它理由，在得到签证后，可在缔约另一方境内通行。该签证应在尽可能短的时间内发给。

## 第 十 四 条

缔约任何一方船上的第三国船员，包括即将任职或离船的海员的身份证件，应为缔约双方均不反对的国家主管当局所颁发的身份证件。

缔约双方应按照本国有关法令和规定对本条第一段所指的海员，给予本协议第十二条和第十三条规定的待遇。

## 第 十 五 条

缔约一方的船舶和船员在缔约另一方的领海、内水和港口期间，应该遵守缔约另一方的有关法律和规定。

Artikel 16

Dieses Abkommen findet keine Anwendung auf Vorrechte und Immunitäten, die sich für eine Vertragspartei aus ihrer Mitgliedschaft in einer Zollunion oder ihrem Beitritt zu einem ähnlichen internationalen Übereinkommen ergeben.

Artikel 17

Um den Erfordernissen der Entwicklung des Seeverkehrs beider Vertragsparteien zu entsprechen, sollen auf Ersuchen einer Vertragspartei und nach Konsultationen zwischen den zuständigen Behörden der beiden Vertragsparteien Fachvertreter benannt werden, die zu einem Zeitpunkt und an einem Ort, den sie gemeinsam vereinbaren, zusammentreten. Die Vertreter regeln Fragen von gemeinsamem Interesse, die sich aus der Durchführung dieses Abkommens ergeben, wie:

- dem Umfang der Tätigkeiten von Schiffen der beiden Vertragsparteien, die im Seeverkehr im Rahmen dieses Abkommens eingesetzt sind;
- den tariflichen und sonstigen Bedingungen, unter denen die Schiffe der beiden Vertragsparteien den Seeverkehr durchführen.

Die Vertragsparteien kommen überein, diese Fragen nach dem Grundsatz der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils zu regeln.

Artikel 18

Dieses Abkommen gilt im Einklang mit der bestehenden Lage auch für Berlin (West).

Artikel 19

Dieses Abkommen tritt am Tag des Austausches diplomatischer Noten in Kraft, in denen erklärt wird, daß die erforderlichen Voraussetzungen der innerstaatlichen Gesetzgebung jeder Vertragspartei erfüllt worden sind.

Dieses Abkommen gilt auf unbegrenzte Zeit. Wünscht eine Vertragspartei, dieses Abkommen zu beenden, so notifiziert sie dies schriftlich der anderen Vertragspartei; das Abkommen endet sechs Monate nach Eingang der Notifikation bei der anderen Vertragspartei.

GESCHEHEN zu Peking am 31. Oktober 1975 in zwei Urschriften, jede in deutscher und chinesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

Rolf F. Pauls  
K. Gscheidle

Für die Regierung der Volksrepublik China



Yeh Fei

第十六条

本协定不适用于缔约任何一方因系关税同盟成员或参加类似的国际公约而享有的特权和豁免。

第十七条

为了适应缔约双方海上运输发展的需要,在缔约一方提出要求并与缔约另一方主管当局协商后,应派专门代表在双方同意的日期和地点进行会晤。缔约双方的代表应处理在执行本协定中所产生的共同关心的问题。如:

- 本协定规定的缔约双方从事海运船舶的活动范围;
- 缔约双方船舶在经营海运的运费和其他情况。

缔约双方同意按照平等互利的原则解决上述问题。

第十八条

本协定按照存在的状况,亦适用于柏林(西)。

第十九条

本协定自缔约双方交换已经履行各自国家所需要的法律手续的外交照会之日起生效。

本协定有效期限。缔约一方如愿意终止本协定,应书面通知缔约另一方,本协定自缔约另一方收到该通知之日起六个月后终止。

本协定于一九七五年十月三十一日在北京签订,共两份,每份都用中文、德文两种文字写成,两种文本具有同等效力。

中华人民共和国政府  
代表



德意志联邦共和国政府  
代表  
Rolf F. Pauls  
K. Gscheidle

**Gesetz  
zu dem Übereinkommen Nr. 140  
der Internationalen Arbeitsorganisation vom 24. Juni 1974  
über den bezahlten Bildungsurlaub**

**Vom 7. September 1976**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

**Artikel 1**

Dem in Genf am 24. Juni 1974 von der Allgemeinen Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation angenommenen Übereinkommen über den bezahlten Bildungsurlaub wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend veröffentlicht.

**Artikel 2**

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

**Artikel 3**

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 13 Abs. 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

---

Die verfassungsmäßigen Rechte des Bundesrates sind gewahrt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 7. September 1976

Der Bundespräsident  
Scheel

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister  
für Arbeit und Sozialordnung  
Walter Arendt

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

Übereinkommen 140

## Übereinkommen über den bezahlten Bildungsurlaub

Convention 140

## Convention concerning Paid Educational Leave

Convention 140

## Convention concernant le congé-éducation payé

*(Übersetzung)*

The General Conference of the International Labour Organisation,

Having been convened at Geneva by the Governing Body of the International Labour Office, and having met in its Fifty-ninth Session on 5 June 1974, and

Noting that Article 26 of the Universal Declaration of Human Rights affirms that everyone has the right to education, and

Noting further the provisions contained in existing international labour Recommendations on vocational training and the protection of workers' representatives concerning the temporary release of workers, or the granting to them of time off, for participation in education or training programmes, and

Considering that the need for continuing education and training related to scientific and technological development and the changing pattern of economic and social relations calls for adequate arrangements for leave for education and training to meet new aspirations, needs and objectives of a social, economic, technological and cultural character, and

Considering that paid educational leave should be regarded as one means of meeting the real needs of individual workers in a modern society, and

Considering that paid educational leave should be conceived in terms of a policy of continuing education and training to be implemented progressively and in an effective manner, and

La Conférence générale de l'Organisation internationale du Travail,

Convoquée à Genève par le Conseil d'administration du Bureau international du Travail, et s'y étant réunie le 5 juin 1974, en sa cinquante-neuvième session;

Notant que l'article 26 de la Déclaration universelle des droits de l'homme proclame que toute personne a droit à l'éducation;

Notant en outre les dispositions contenues dans les recommandations internationales du travail existantes sur la formation professionnelle et la protection des représentants des travailleurs et relatives au détachement temporaire des travailleurs ou à l'octroi de temps libre pour leur permettre de participer à des programmes d'éducation ou de formation;

Considérant que le besoin d'éducation et de formation permanentes, correspondant au développement scientifique et technique et à l'évolution des rapports économiques et sociaux, appelle des mesures appropriées en matière de congé aux fins d'éducation et de formation pour répondre aux aspirations, besoins et objectifs nouveaux d'ordre social, économique, technologique et culturel;

Reconnaissant que le congé-éducation payé devrait être considéré comme un des moyens permettant de répondre aux besoins réels de chaque travailleur dans la société contemporaine;

Considérant que le congé-éducation payé devrait être conçu en fonction d'une politique d'éducation et de formation permanentes à mettre en œuvre de manière progressive et efficace;

Die Allgemeine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation,

die vom Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes nach Genf einberufen wurde und am 5. Juni 1974 zu ihrer neunundfünfzigsten Tagung zusammengetreten ist,

verweist auf Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, in dem festgestellt wird, daß jeder Mensch das Recht auf Bildung hat,

verweist ferner auf die Bestimmungen über die zeitweilige Freistellung von Arbeitnehmern oder die Gewährung von Freizeit zur Teilnahme an Bildungs- oder Berufsbildungsprogrammen, die in bestehenden internationalen Arbeitsempfehlungen betreffend die berufliche Ausbildung und den Schutz der Arbeitnehmervertreter enthalten sind,

ist der Ansicht, daß die Notwendigkeit einer fortdauernden Bildung und Berufsbildung entsprechend der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung und dem Wandel der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen angemessene Vorkehrungen für einen Urlaub zu Bildungs- und Berufsbildungszwecken erfordert, um neuen Bestrebungen, Bedürfnissen und Zielen sozialer, wirtschaftlicher, technischer und kultureller Art zu entsprechen,

ist der Ansicht, daß der bezahlte Bildungsurlaub als eines der Mittel zur Befriedigung der echten Bedürfnisse des einzelnen Arbeitnehmers in einer modernen Gesellschaft betrachtet werden sollte,

ist der Ansicht, daß der bezahlte Bildungsurlaub im Sinne einer Politik der fortdauernden Bildung und Berufsbildung konzipiert sein sollte, die schrittweise und wirksam durchgeführt wird,

Having decided upon the adoption of certain proposals with regard to paid educational leave, which is the fourth item on the agenda of the session, and

Having determined that these proposals shall take the form of an international Convention,

adopts this twenty-fourth day of June of the year one thousand nine hundred and seventy-four the following Convention, which may be cited as the Paid Educational Leave Convention, 1974:

#### Article 1

In this Convention, the term "paid educational leave", means leave granted to a worker for educational purposes for a specified period during working hours, with adequate financial entitlements.

#### Article 2

Each Member shall formulate and apply a policy designed to promote, by methods appropriate to national conditions and practice and by stages as necessary, the granting of paid educational leave for the purpose of—

- (a) training at any level;
- (b) general, social and civic education;
- (c) trade union education.

#### Article 3

That policy shall be designed to contribute, on differing terms as necessary—

- (a) to the acquisition, improvement and adaptation of occupational and functional skills, and the promotion of employment and job security in conditions of scientific and technological development and economic and structural change;
- (b) to the competent and active participation of workers and their representatives in the life of the undertaking and of the community;
- (c) to the human, social and cultural advancement of workers; and
- (d) generally, to the promotion of appropriate continuing education and training, helping workers to adjust to contemporary requirements.

Après avoir décidé d'adopter diverses propositions relatives au congé-éducation payé, question qui constitue le quatrième point à l'ordre du jour de la session;

Après avoir décidé que ces propositions devraient prendre la forme d'une convention internationale,

adopte, ce vingt-quatrième jour de juin mil neuf cent soixante-quatorze, la convention ci-après, qui sera dénommée Convention sur le congé-éducation payé, 1974:

#### Article 1

Dans la présente convention, l'expression «congé-éducation payé» signifie un congé accordé à un travailleur à des fins éducatives pour une période déterminée, pendant les heures de travail, avec versement de prestations financières adéquates.

#### Article 2

Tout Membre devra formuler et appliquer une politique visant à promouvoir, par des méthodes adaptées aux conditions et usages nationaux et au besoin par étapes, l'octroi de congé-éducation payé à des fins:

- a) de formation à tous les niveaux;
- b) d'éducation générale, sociale ou civique;
- c) d'éducation syndicale.

#### Article 3

La politique visée à l'article précédent devra tendre à contribuer, au besoin selon des modalités différentes:

- a) à l'acquisition, au perfectionnement et à l'adaptation des qualifications nécessaires à l'exercice de la profession ou de la fonction ainsi qu'à la promotion et à la sécurité de l'emploi face au développement scientifique et technique et aux changements économiques et structurels;
- b) à la participation compétente et active des travailleurs et de leurs représentants à la vie de l'entreprise et de la communauté;
- c) à la promotion humaine, sociale et culturelle des travailleurs;
- d) d'une façon générale, à la promotion d'une éducation et d'une formation permanentes appropriées, aidant les travailleurs à s'adapter aux exigences de leur époque.

hat beschlossen, verschiedene Anträge anzunehmen betreffend den bezahlten Bildungsurlaub, eine Frage, die den vierten Gegenstand ihrer Tagesordnung bildet, und

dabei bestimmt, daß diese Anträge die Form eines internationalen Übereinkommens erhalten sollen.

Die Konferenz nimmt heute, am 24. Juni 1974, das folgende Übereinkommen an, das als Übereinkommen über den bezahlten Bildungsurlaub, 1974, bezeichnet wird.

#### Artikel 1

In diesem Übereinkommen bedeutet der Begriff „bezahlter Bildungsurlaub“ einen Urlaub, der einem Arbeitnehmer zu Bildungszwecken für eine bestimmte Dauer während der Arbeitszeit und bei Zahlung angemessener finanzieller Leistungen gewährt wird.

#### Artikel 2

Jedes Mitglied hat eine Politik festzulegen und durchzuführen, die dazu bestimmt ist, mit Methoden, die den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten angepaßt sind, und nötigenfalls schrittweise, die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub zu fördern, und zwar zum Zwecke

- a) der Berufsbildung auf allen Stufen,
- b) der allgemeinen und politischen Bildung,
- c) der gewerkschaftlichen Bildung.

#### Artikel 3

Diese Politik hat, falls erforderlich auf verschiedene Weise, einen Beitrag zu leisten

- a) zur Aneignung, Vervollkommnung und Anpassung beruflicher und tätigkeitsbezogener Befähigungen sowie zur Förderung und Sicherung der Beschäftigung angesichts der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung sowie der wirtschaftlichen und strukturellen Veränderungen;
- b) zur sachkundigen und aktiven Beteiligung der Arbeitnehmer und ihrer Vertreter am Geschehen im Betrieb und in der Gemeinschaft;
- c) zum persönlichen, sozialen und kulturellen Fortschritt der Arbeitnehmer; und
- d) allgemein zur Förderung einer geeigneten fortdauernden Bildung und Berufsbildung, die dem Arbeitnehmer hilft, sich den zeitbedingten Erfordernissen anzupassen.



## Article 4

The policy shall take account of the stage of development and the particular needs of the country and of different sectors of activity, and shall be co-ordinated with general policies concerning employment, education and training as well as policies concerning hours of work, with due regard as appropriate to seasonal variations of hours of work or of volume of work.

## Article 5

The means by which provision is made for the granting of paid educational leave may include national laws and regulations, collective agreements, arbitration awards, and such other means as may be consistent with national practice.

## Article 6

The public authorities, employers' and workers' organisations, and institutions or bodies providing education and training shall be associated, in a manner appropriate to national conditions and practice, with the formulation and application of the policy for the promotion of paid educational leave.

## Article 7

The financing of arrangements for paid educational leave shall be on a regular and adequate basis and in accordance with national practice.

## Article 8

Paid educational leave shall not be denied to workers on the ground of race, colour, sex, religion, political opinion, national extraction or social origin.

## Article 9

As necessary, special provisions concerning paid educational leave shall be established—

- (a) where particular categories of workers, such as workers in small undertakings, rural or other workers residing in isolated areas, shift workers or workers with family responsibilities, find it difficult to fit into general arrangements;
- (b) where particular categories of undertakings, such as small or

## Article 4

Cette politique devra tenir compte du stade de développement et des besoins particuliers du pays et des divers secteurs d'activité, être coordonnée avec les politiques générales relatives à l'emploi, à l'éducation, à la formation et à la durée du travail et prendre en considération, dans les cas appropriés, les variations saisonnières de la durée ou du volume de travail.

## Article 5

L'octroi du congé-éducation payé sera mis en œuvre par la législation nationale, les conventions collectives, les sentences arbitrales, ou de toute autre manière conforme à la pratique nationale.

## Article 6

Les autorités publiques, les organisations d'employeurs et de travailleurs, les institutions ou organismes qui dispensent l'éducation et la formation devront être associés, selon des modalités appropriées aux conditions et à la pratique nationales, à l'élaboration et à l'application de la politique tendant à promouvoir le congé-éducation payé.

## Article 7

Le financement des arrangements relatifs au congé-éducation payé devra être assuré de façon régulière, adéquate et conforme à la pratique nationale.

## Article 8

Le congé-éducation payé ne devra pas être refusé aux travailleurs en raison de leur race, de leur couleur, de leur sexe, de leur religion, de leur opinion politique, de leur ascendance nationale ou de leur origine sociale.

## Article 9

Au besoin, des dispositions spéciales concernant le congé-éducation payé devront être prises:

- a) lorsque des catégories particulières de travailleurs ont des difficultés à bénéficier des arrangements généraux, par exemple les travailleurs des petites entreprises, les travailleurs ruraux ou autres résidant dans des zones isolées, les travailleurs affectés aux travaux par équipes ou les travailleurs ayant des responsabilités familiales;
- b) lorsque des catégories particulières d'entreprises, par exemple les

## Artikel 4

Diese Politik hat die Entwicklungsstufe und die besonderen Bedürfnisse des betreffenden Landes und der verschiedenen Tätigkeitsbereiche zu berücksichtigen und ist mit der allgemeinen Politik auf dem Gebiet der Beschäftigung, der Bildung und Berufsbildung sowie der Arbeitszeit abzustimmen, wobei saisonbedingte Schwankungen der Arbeitszeit oder des Arbeitsanfalls je nach Sachlage zu berücksichtigen sind.

## Artikel 5

Die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub kann durch innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder auf jede andere den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Weise erfolgen.

## Artikel 6

Die Behörden, die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervverbände und die mit Bildung und Berufsbildung befähigten Institutionen oder Stellen sind in einer den innerstaatlichen Verhältnissen und Gepflogenheiten entsprechenden Weise bei der Festlegung und Durchführung der Politik zur Förderung des bezahlten Bildungsurlaubs heranzuziehen.

## Artikel 7

Die Finanzierung der Vorkehrungen für den bezahlten Bildungsurlaub hat in regelmäßiger und angemessener Weise sowie in Übereinstimmung mit den innerstaatlichen Gepflogenheiten zu erfolgen.

## Artikel 8

Der bezahlte Bildungsurlaub darf Arbeitnehmern nicht auf Grund der Rasse, der Hautfarbe, des Geschlechts, der politischen Meinung, der nationalen Abstammung oder der sozialen Herkunft verweigert werden.

## Artikel 9

Falls erforderlich, sind besondere Bestimmungen in bezug auf den bezahlten Bildungsurlaub zu erlassen

- a) für bestimmte Arbeitnehmergruppen, deren Einordnung in den Rahmen allgemeiner Regelungen Schwierigkeiten bereitet, wie z. B. Arbeitnehmer in Kleinbetrieben, ländliche oder sonstige in entlegenen Gebieten lebende Arbeitnehmer, Schichtarbeiter oder Arbeitnehmer mit Familienpflichten;
- b) für bestimmte Gruppen von Betrieben, deren Einordnung in den Rah-

seasonal undertakings, find it difficult to fit into general arrangements, it being understood that workers in these undertakings would not be excluded from the benefit of paid educational leave.

#### Article 10

Conditions of eligibility for paid educational leave may vary according to whether such leave is intended for—

- (a) training at any level;
- (b) general, social or civic education; or
- (c) trade union education.

#### Article 11

A period of paid educational leave shall be assimilated to a period of effective service for the purpose of establishing claims to social benefits and other rights deriving from the employment relation, as provided for by national laws or regulations, collective agreements, arbitration awards or such other means as may be consistent with national practice.

#### Article 12

The formal ratifications of this Convention shall be communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration.

#### Article 13

1. This Convention shall be binding only upon those Members of the International Labour Organisation whose ratifications have been registered with the Director-General.

2. It shall come into force twelve months after the date on which the ratifications of two Members have been registered with the Director-General.

3. Thereafter, this Convention shall come into force for any Member twelve months after the date on which its ratification has been registered.

#### Article 14

1. A Member which has ratified this Convention may denounce it after the expiration of ten years from the date on which the Convention first comes into force, by an act communicated to the Director-General of the International Labour Office for registration. Such denunciation shall not take effect until one year after the date on which it is registered.

petites entreprises ou les entreprises saisonnières, ont des difficultés à appliquer les arrangements généraux, étant entendu que les travailleurs occupés dans ces entreprises ne seront pas exclus du bénéfice du congé-éducation payé.

#### Article 10

Les conditions à remplir par les travailleurs pour bénéficier du congé-éducation payé pourront différer selon que ce congé est accordé pour:

- a) la formation, à tous les niveaux;
- b) l'éducation générale, sociale ou civique;
- c) l'éducation syndicale.

#### Article 11

La période de congé-éducation payé devra être assimilée à une période de travail effectif pour déterminer les droits à des prestations sociales et les autres droits découlant de la relation de travail, selon ce que prévoient la législation nationale, les conventions collectives, les sentences arbitrales ou toute autre méthode conforme à la pratique nationale.

#### Article 12

Les ratifications formelles de la présente convention seront communiquées au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistrées.

#### Article 13

1. La présente convention ne liera que les Membres de l'Organisation internationale du Travail dont la ratification aura été enregistrée par le Directeur général.

2. Elle entrera en vigueur douze mois après que les ratifications de deux Membres auront été enregistrées par le Directeur général.

3. Par la suite, cette convention entrera en vigueur pour chaque Membre douze mois après la date où sa ratification aura été enregistrée.

#### Article 14

1. Tout Membre ayant ratifié la présente convention peut la dénoncer à l'expiration d'une période de dix années après la date de la mise en vigueur initiale de la convention, par un acte communiqué au Directeur général du Bureau international du Travail et par lui enregistré. La dénonciation ne prendra effet qu'une année après avoir été enregistrée.

men allgemeiner Regelungen Schwierigkeiten bereitet, wie z. B. Klein- oder Saisonbetriebe, wobei vorausgesetzt wird, daß die Arbeitnehmer in diesen Betrieben nicht von der Inanspruchnahme des bezahlten Bildungsurlaubs ausgeschlossen werden.

#### Artikel 10

Die Voraussetzungen für die Gewährung von bezahltem Bildungsurlaub können unterschiedlich sein, je nachdem, ob der bezahlte Bildungsurlaub einem der folgenden Zwecke dienen soll:

- a) der Berufsbildung auf allen Stufen;
- b) der allgemeinen und politischen Bildung;
- c) der gewerkschaftlichen Bildung.

#### Artikel 11

Zeiten des bezahlten Bildungsurlaubs sind Zeiten der tatsächlichen Beschäftigung zum Zwecke des Erwerbs von Ansprüchen auf Sozialleistungen und sonstigen sich aus den Beschäftigungsverhältnissen ergebenden Rechten gleichzustellen, wie durch die innerstaatliche Gesetzgebung, Gesamtarbeitsverträge, Schiedssprüche oder auf andere, den innerstaatlichen Gepflogenheiten entsprechende Weise vorgehen.

#### Artikel 12

Die förmlichen Ratifikationen dieses Übereinkommens sind dem Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes zur Eintragung mitzuteilen.

#### Artikel 13

1. Dieses Übereinkommen bindet nur diejenigen Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation, deren Ratifikation durch den Generaldirektor eingetragen ist.

2. Es tritt in Kraft zwölf Monate nachdem die Ratifikationen zweier Mitglieder durch den Generaldirektor eingetragen sind.

3. In der Folge tritt dieses Übereinkommen für jedes Mitglied zwölf Monate nach der Eintragung seiner Ratifikation in Kraft.

#### Artikel 14

1. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat, kann es nach Ablauf von zehn Jahren, gerechnet von dem Tag, an dem es zum erstenmal in Kraft getreten ist, durch Anzeige an den Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes kündigen. Die Kündigung wird von diesem eingetragen. Ihre Wirkung tritt erst ein Jahr nach der Eintragung ein.

2. Each Member which has ratified this Convention and which does not, within the year following the expiration of the period of ten years mentioned in the preceding paragraph, exercise the right of denunciation provided for in this Article, will be bound for another period of ten years and, thereafter, may denounce this Convention at the expiration of each period of ten years under the terms provided for in this Article.

#### Article 15

1. The Director-General of the International Labour Office shall notify all Members of the International Labour Organisation of the registration of all ratifications and denunciations communicated to him by the Members of the Organisation.

2. When notifying the Members of the Organisation of the registration of the second ratification communicated to him, the Director-General shall draw the attention of the Members of the Organisation to the date upon which the Convention will come into force.

#### Article 16

The Director-General of the International Labour Office shall communicate to the Secretary-General of the United Nations for registration in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations full particulars of all ratifications and acts of denunciation registered by him in accordance with the provisions of the preceding Articles.

#### Article 17

At such times as it may consider necessary the Governing Body of the International Labour Office shall present to the General Conference a report on the working of this Convention and shall examine the desirability of placing on the agenda of the Conference the question of its revision in whole or in part.

#### Article 18

1. Should the Conference adopt a new Convention revising this Convention in whole or in part, then, unless the new Convention otherwise provides—

(a) the ratification by a Member of the new revising Convention shall ipso jure involve the immediate denunciation of this Convention, notwithstanding the provisions of

2. Tout Membre ayant ratifié la présente convention qui, dans le délai d'une année après l'expiration de la période de dix années mentionnée au paragraphe précédent, ne fera pas usage de la faculté de dénonciation prévue par le présent article sera lié pour une nouvelle période de dix années et, par la suite, pourra dénoncer la présente convention à l'expiration de chaque période de dix années dans les conditions prévues au présent article.

#### Article 15

1. Le Directeur général du Bureau international du Travail notifiera à tous les Membres de l'Organisation internationale du Travail l'enregistrement de toutes les ratifications et dénonciations qui lui seront communiquées par les Membres de l'Organisation.

2. En notifiant aux Membres de l'Organisation l'enregistrement de la deuxième ratification qui lui aura été communiquée, le Directeur général appellera l'attention des Membres de l'Organisation sur la date à laquelle la présente convention entrera en vigueur.

#### Article 16

Le Directeur général du Bureau international du Travail communiquera au Secrétaire général des Nations Unies, aux fins d'enregistrement, conformément à l'article 102 de la Charte des Nations Unies, des renseignements complets au sujet de toutes ratifications et de tous actes de dénonciation qu'il aura enregistrés conformément aux articles précédents.

#### Article 17

Chaque fois qu'il le jugera nécessaire, le Conseil d'administration du Bureau international du Travail présentera à la Conférence générale un rapport sur l'application de la présente convention et examinera s'il y a lieu d'inscrire à l'ordre du jour de la Conférence la question de sa révision totale ou partielle.

#### Article 18

1. Au cas où la Conférence adopterait une nouvelle convention portant révision totale ou partielle de la présente convention, et à moins que la nouvelle convention ne dispose autrement:

a) la ratification par un Membre de la nouvelle convention portant révision entraînerait de plein droit, nonobstant l'article 14 ci-dessus, dénonciation immédiate de la pré-

2. Jedes Mitglied, das dieses Übereinkommen ratifiziert hat und innerhalb eines Jahres nach Ablauf des im vorigen Absatz genannten Zeitraumes von zehn Jahren von dem in diesem Artikel vorgesehenen Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht, bleibt für einen weiteren Zeitraum von zehn Jahren gebunden. In der Folge kann es dieses Übereinkommen jeweils nach Ablauf eines Zeitraumes von zehn Jahren nach Maßgabe dieses Artikels kündigen.

#### Artikel 15

1. Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes gibt allen Mitgliedern der Internationalen Arbeitsorganisation Kenntnis von der Eintragung aller Ratifikationen und Kündigungen, die ihm von den Mitgliedern der Organisation mitgeteilt werden.

2. Der Generaldirektor wird die Mitglieder der Organisation, wenn er ihnen von der Eintragung der zweiten Ratifikation, die ihm mitgeteilt wird, Kenntnis gibt, auf den Zeitpunkt aufmerksam machen, in dem dieses Übereinkommen in Kraft tritt.

#### Artikel 16

Der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes übermittelt dem Generalsekretär der Vereinten Nationen zwecks Eintragung nach Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen vollständige Auskünfte über alle von ihm nach Maßgabe der vorausgehenden Artikel eingetragenen Ratifikationen und Kündigungen.

#### Artikel 17

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat, sooft er es für nötig erachtet, der Allgemeinen Konferenz einen Bericht über die Durchführung dieses Übereinkommens zu erstatten und zu prüfen, ob die Frage seiner gänzlichen oder teilweisen Abänderung auf die Tagesordnung der Konferenz gesetzt werden soll.

#### Artikel 18

1. Nimmt die Konferenz ein neues Übereinkommen an, welches das vorliegende Übereinkommen ganz oder teilweise abändert, und sieht das neue Übereinkommen nichts anderes vor, so gelten folgende Bestimmungen:

a) Die Ratifikation des neugefaßten Übereinkommens durch ein Mitglied schließt ohne weiteres die sofortige Kündigung des vorliegenden Übereinkommens in sich ohne

Article 14 above, if and when the new revising Convention shall have come into force;

- (b) as from the date when the new revising Convention comes into force this Convention shall cease to be open to ratification by the Members.

2. This Convention shall in any case remain in force in its actual form and content for those Members which have ratified it but have not ratified the revising Convention.

#### Article 19

The English and French versions of the text of this Convention are equally authoritative.

sente convention, sous réserve que la nouvelle convention portant révision soit entrée en vigueur;

- b) à partir de la date de l'entrée en vigueur de la nouvelle convention portant révision, la présente convention cesserait d'être ouverte à la ratification des Membres.

2. La présente convention demeurerait en tout cas en vigueur dans sa forme et teneur pour les Membres qui l'auraient ratifiée et qui ne ratifieraient pas la convention portant révision.

#### Article 19

Les versions française et anglaise du texte de la présente convention font également foi.

Rücksicht auf Artikel 14, vorausgesetzt, daß das neugefaßte Übereinkommen in Kraft getreten ist.

- b) Vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des neugefaßten Übereinkommens an kann das vorliegende Übereinkommen von den Mitgliedern nicht mehr ratifiziert werden.

2. Indessen bleibt das vorliegende Übereinkommen nach Form und Inhalt jedenfalls in Kraft für die Mitglieder, die dieses, aber nicht das neugefaßte Übereinkommen ratifiziert haben.

#### Artikel 19

Der französische und der englische Wortlaut dieses Übereinkommens sind in gleicher Weise maßgebend.

**Verordnung  
zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung  
über den vorläufigen Beitritt Tunesiens  
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

**Vom 2. September 1976**

Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 22. Dezember 1970 zu dem Vierten, Fünften und Sechsten Protokoll zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung vom 12. November 1959 über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 1329) verordnet die Bundesregierung:

§ 1

Das Zehnte Protokoll vom 21. November 1975 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung vom 12. November 1959 über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Bundesgesetzbl. 1961 II S. 477) wird hiermit in Kraft gesetzt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

§ 2

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) auch im Land Berlin.

§ 3

(1) Diese Verordnung tritt an dem Tage in Kraft, an dem das Protokoll nach seinem Absatz 2 Satz 3 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt.

(2) Diese Verordnung tritt an dem Tage außer Kraft, an dem das Protokoll für die Bundesrepublik Deutschland außer Kraft tritt.

(3) Der Tag des Inkrafttretens ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Bonn, den 2. September 1976

Der Bundeskanzler  
Schmidt

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Genscher

Der Bundesminister für Wirtschaft  
Friderichs

**Zehntes Protokoll  
zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung  
über den vorläufigen Beitritt Tunesiens  
zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen**

**Tenth Procès-Verbal  
Extending the Declaration  
on the Provisional Accession of Tunisia  
to the General Agreement on Tariffs and Trade**

**Dixième Procès-verbal  
prorogeant la validité de la Déclaration concernant  
l'accession provisoire de la Tunisie à l'Accord général  
sur les tarifs douaniers et le commerce**

(Übersetzung)

The parties to the Declaration of 12 November 1959 on the Provisional Accession of Tunisia to the General Agreement on Tariffs and Trade (hereinafter referred to as "the Declaration" and "the General Agreement", respectively),

ACTING pursuant to paragraph 6 of the Declaration,

AGREE that

1. The validity of the Declaration is extended by changing the date in paragraph 6 to "31 December 1977".
2. This Procès-Verbal shall be deposited with the Director-General to the CONTRACTING PARTIES to the General Agreement. It shall be open for acceptance, by signature or otherwise, by Tunisia and by the participating governments. It shall become effective between the Government of Tunisia and any participating government as soon as it shall have been accepted by the Government of Tunisia and such government.
3. The Director-General shall furnish a certified copy of this Procès-Verbal and a notification of each acceptance thereof to the Government of Tunisia and to each contracting party to the General Agreement.

DONE at Geneva this twenty-first day of November, one thousand nine hundred and seventy-five in a single copy in the English and French languages, both texts being authentic.

Les parties à la Déclaration du 12 novembre 1959 concernant l'accession provisoire de la Tunisie à l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce (instruments ci-après dénommés «la Déclaration» et «l'Accord général», respectivement),

AGISSANT en conformité du paragraphe 6 de la Déclaration,

SONT CONVENUES des dispositions suivantes:

1. La validité de la Déclaration est prorogée, la date mentionnée au paragraphe 6 étant remplacée par la date du «31 décembre 1977».
2. Le présent Procès-verbal sera déposé auprès du Directeur général des PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord général. Il sera ouvert à l'acceptation, par voie de signature ou autrement, de la Tunisie et des gouvernements participants. Il prendra effet entre le gouvernement de la Tunisie et tout gouvernement participant dès que le gouvernement de la Tunisie et ledit gouvernement participant l'auront accepté.
3. Le Directeur général délivrera copie certifiée conforme du présent Procès-verbal au gouvernement de la Tunisie et à chaque partie contractante à l'Accord général et leur donnera notification de toute acceptation dudit Procès-verbal.

FAIT à Genève, le vingt et un novembre mil neuf cent soixante-quinze, en un seul exemplaire en langues française et anglaise, les deux textes faisant également foi.

Die Parteien der Erklärung vom 12. November 1959 über den vorläufigen Beitritt Tunesiens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (im folgenden als „Erklärung“ und als „Allgemeines Abkommen“ bezeichnet) —

HANDELND auf Grund des Absatzes 6 der Erklärung —

KOMMEN wie folgt ÜBEREIN:

1. Die Geltungsdauer der Erklärung wird durch Änderung des in ihrem Absatz 6 genannten Datums in das Datum „31. Dezember 1977“ verlängert.
2. Dieses Protokoll wird beim Generaldirektor der VERTRAGSPARTEIEN des Allgemeinen Abkommens hinterlegt. Es liegt für Tunesien und die Teilnehmerregierungen zur Annahme auf, die durch Unterzeichnung oder auf andere Weise erfolgen kann. Es tritt zwischen der Regierung Tunesiens und jeder Teilnehmerregierung in Kraft, sobald die Regierung Tunesiens und die betreffende Regierung es angenommen haben.
3. Der Generaldirektor übermittelt der Regierung Tunesiens und jeder Vertragspartei des Allgemeinen Abkommens eine beglaubigte Abschrift dieses Protokolls und notifiziert ihnen jede Annahme desselben.

GESCHEHEN zu Genf am 21. November 1975 in einer Urschrift in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist.

**Bekanntmachung**  
**des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Republik Türkei**  
**über Kapitalhilfe**

**Vom 3. August 1976**

In Ankara ist am 5. März 1976 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 9

am 5. März 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 3. August 1976

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Böll

**Abkommen**  
**zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland**  
**und der Regierung der Republik Türkei**  
**über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung der Republik Türkei,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Türkei,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in der Republik Türkei beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gewährt der Regierung der Republik Türkei zur Verwirklichung der Ziele ihres Entwicklungsplanes im Rahmen des Türkei-Konsortiums der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) bilaterale Finanzhilfe für das Jahr 1976.

(2) Diese Hilfe setzt sich zusammen aus:

- (a) einer Zahlungserleichterung in Höhe von DM 10 000 000 (zehn Millionen Deutsche Mark) aus der Umschuldung gemäß Artikel 3 Absatz 1 des Abkommens vom 22. April 1968 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über die Gewährung einer Finanzhilfe;
- (b) einer Zahlungserleichterung in Höhe von DM 2 165 625 (zwei Millionen einhundertfünfundsiebzehntausend sechshundertfünfundsiebzehntausend Deutsche Mark) durch die Zinssenkung von  $5\frac{3}{4}$  auf 3 vom Hundert jährlich gemäß Artikel 2 des Abkommens vom 3. Juni 1969 zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Republik Türkei über die Gewährung einer Finanzhilfe;
- (c) Darlehen in Höhe von DM 120 000 000 (einhundertzwanzig Millionen Deutsche Mark) nach Maßgabe der Artikel 2 bis 8 dieses Abkommens.

(3) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland trägt außerdem durch umfangreiche Technische Hilfe sowie durch ihre finanziellen Leistungen nach dem Finanzprotokoll zum Abkommen vom 12. September 1963 über die Gründung einer Assoziation zwischen der Euro-

päischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Republik Türkei und dem Finanzprotokoll vom 23. November 1970 zum beschleunigten Aufbau der türkischen Wirtschaft bei.

#### Artikel 2

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung der Republik Türkei, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt am Main, Darlehen bis zur Höhe von insgesamt DM 120 000 000 (einhundertzwanzig Millionen Deutsche Mark) aufzunehmen.

(2) Die Darlehen dienen der Finanzierung von Vorhaben (Projektarlehen), deren Förderungswürdigkeit nach Prüfung festgestellt worden ist.

Im einzelnen ist der vorgenannte Betrag wie folgt zu verwenden:

1. In Höhe von DM 90 000 000,00 (neunzig Millionen Deutsche Mark) zur Finanzierung des Projektes Braunkohlentagebau und Wärmekraftwerk Afsin-Elbistan;
2. In Höhe von DM 30 000 000,00 (dreißig Millionen Deutsche Mark) für die Türkische Industrie-Entwicklungsbank (Türkiye Sinai Kalkinma Bankasi A.S.) zur Finanzierung von Investitionsvorhaben kleiner und mittlerer privater Unternehmen der verarbeitenden Industrie für den zivilen Bedarf.

#### Artikel 3

(1) Die Darlehen nach Artikel 2 dieses Abkommens haben eine Laufzeit von dreißig Jahren einschließlich von zehn tilgungsfreien Jahren. Der Zinssatz beträgt zwei vom Hundert jährlich.

(2) Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen der Türkiye Cumhuriyet Merkez Bankasi und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen. Die Merkez Bankasi handelt hierbei jeweils im Namen der Regierung der Republik Türkei.

#### Artikel 4

Die Regierung der Republik Türkei stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und

sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 3 Absatz 2 erwähnten Verträge in der Republik Türkei erhoben werden.

#### Artikel 5

Die Regierung der Republik Türkei überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im Land-, See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die gleichberechtigte Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 6

Lieferungen und Leistungen für Vorhaben, die aus dem Darlehen gemäß Artikel 2 Absatz 2 Nummer 1 finanziert werden, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

#### Artikel 7

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

#### Artikel 8

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 5 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Türkei innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 9

Dieses Abkommen tritt rückwirkend mit dem Tage der Unterzeichnung in Kraft, sobald die Regierung der Republik Türkei der Regierung der Bundesrepublik Deutschland mitgeteilt hat, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen innerstaatlichen Voraussetzungen auf Seiten der Republik Türkei erfüllt sind.

GESCHEHEN zu Ankara, den 5. März 1976 in zwei Urschriften, jede in deutscher, türkischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des türkischen Wortlautes ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. G. A. Sonnenhol  
Egon Bahr

Für die Regierung  
der Republik Türkei  
Yilmaz Ergenekon



**Bekanntmachung  
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung des Königreichs Thailand  
über Kapitalhilfe**

**Vom 6. August 1976**

In Bangkok ist am 28. Mai 1976 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand über Kapitalhilfe unterzeichnet worden. Das Abkommen ist nach seinem Artikel 8

am 28. Mai 1976

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 6. August 1976

Der Bundesminister  
für wirtschaftliche Zusammenarbeit  
Im Auftrag  
Böll

**Abkommen  
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und der Regierung des Königreichs Thailand  
über Kapitalhilfe**

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
und

die Regierung des Königreichs Thailand,

im Geiste der bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Thailand,

in dem Wunsche, diese freundschaftlichen Beziehungen durch fruchtbare Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe zu festigen und zu vertiefen,

im Bewußtsein, daß die Aufrechterhaltung dieser Beziehungen die Grundlage dieses Abkommens ist,

in der Absicht, zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Königreich Thailand beizutragen,

sind wie folgt übereingekommen:

**Artikel 1**

(1) Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland ermöglicht es der Regierung des Königreichs Thailand und/oder anderen von beiden Regierungen gemeinsam auszuwählenden Darlehensnehmern, bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt/Main, Darlehen bis zur Höhe

von insgesamt zwanzig Millionen Deutsche Mark aufzunehmen. Dieser Betrag soll verwendet werden zur Finanzierung

- a) eines Darlehens bis zu zehn Millionen Deutsche Mark an die Bank of Agriculture and Agricultural Cooperatives, Bangkok, für die Gewährung von Krediten zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung,
- b) eines Darlehens bis zu zehn Millionen Deutsche Mark für die Durchführung eines Stromverteilungsprojekts der Provincial Electricity Authority, Bangkok, sofern nach Prüfung der Vorhaben ihre Förderungswürdigkeit festgestellt worden ist.

(2) Die in Absatz 1 Buchstaben a und b bezeichneten Vorhaben können im Einvernehmen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung des Königreichs Thailand durch andere Vorhaben ersetzt werden.

**Artikel 2**

(1) Die Verwendung dieser Darlehen sowie die Bedingungen, zu denen sie gewährt werden, bestimmen die zwischen den Darlehensnehmern und der Kreditanstalt für Wiederaufbau abzuschließenden Verträge, die den in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Rechtsvorschriften unterliegen.

(2) Die Regierung des Königreichs Thailand wird, soweit sie nicht selbst Darlehensnehmerin ist, gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau alle Zahlungen in Deutscher Mark in Erfüllung von Verbindlichkeiten der Darlehensnehmer auf Grund der nach Absatz 1 abzuschließenden Verträge garantieren.

#### Artikel 3

Die Regierung des Königreichs Thailand stellt die Kreditanstalt für Wiederaufbau von sämtlichen Steuern und sonstigen öffentlichen Abgaben frei, die bei Abschluß oder Durchführung der in Artikel 2 erwähnten Verträge in Thailand erhoben werden.

#### Artikel 4

Die Regierung des Königreichs Thailand überläßt bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Transporten von Personen und Gütern im See- und Luftverkehr den Passagieren und Lieferanten die freie Wahl der Verkehrsunternehmen, trifft keine Maßnahmen, welche die Beteiligung der Verkehrsunternehmen mit Sitz in dem deutschen Geltungsbereich dieses Abkommens ausschließen oder erschweren, und erteilt gegebenenfalls die für eine Beteiligung dieser Verkehrsunternehmen erforderlichen Genehmigungen.

#### Artikel 5

Lieferungen und Leistungen für das in Artikel 1 Absatz 1 Buchstabe b bezeichnete Vorhaben, das aus dem Darlehen finanziert wird, sind international öffentlich auszuschreiben, soweit nicht im Einzelfall etwas Abweichendes festgelegt wird.

#### Artikel 6

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland legt besonderen Wert darauf, daß bei den sich aus der Darlehensgewährung ergebenden Lieferungen die Erzeugnisse der Industrie des Landes Berlin bevorzugt berücksichtigt werden.

#### Artikel 7

Mit Ausnahme der Bestimmungen des Artikels 4 hinsichtlich des Luftverkehrs gilt dieses Abkommen auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung des Königreichs Thailand innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

#### Artikel 8

Dieses Abkommen tritt am Tage seiner Unterzeichnung in Kraft.

GESCHEHEN zu Bangkok am 28. Mai B.E. 2519, das dem Jahr 1976 entspricht, in zwei Urschriften, jede in deutscher, thailändischer und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Bei unterschiedlicher Auslegung des deutschen und des thailändischen Wortlauts ist der englische Wortlaut maßgebend.

Für die Regierung  
der Bundesrepublik Deutschland  
Dr. Edgar von Schmidt-Pauli  
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland

Für die Regierung  
des Königreichs Thailand  
Bhichai Rattakul  
Minister des Auswärtigen

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens  
über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial**

**Vom 19. August 1976**

Das Zollübereinkommen vom 8. Juni 1970 über die vorübergehende Einfuhr von Lehrmaterial (Bundesgesetzbl. 1971 II S. 1101) ist nach seinem Artikel 18 Abs. 2 für

Ungarn am 25. Mai 1976

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 21. April 1976 (Bundesgesetzblatt II S. 566).

Bonn, den 19. August 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

---

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Zollübereinkommens  
über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät**

**Vom 20. August 1976**

Das Zollübereinkommen vom 11. Juni 1968 über die vorübergehende Einfuhr von wissenschaftlichem Gerät (Bundesgesetzbl. 1969 II S. 1914) ist nach seinem Artikel 20 Abs. 2 für

Ungarn am 25. Mai 1976

in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 3. November 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 1727).

Bonn, den 20. August 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich des Protokolls zur Änderung des Abkommens  
über die Internationale Zivilluftfahrt**

**Vom 25. August 1976**

Das Protokoll vom 12. März 1971 zur Änderung des Abkommens vom 7. Dezember 1944 über die Internationale Zivilluftfahrt — 4. Änderung des Abkommens über die Internationale Zivilluftfahrt — (Bundesgesetzbl. 1972 II S. 257) ist nach seinem drittletzten Absatz für

Irak am 10. Februar 1976  
in Kraft getreten.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 8. März 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 420).

Bonn, den 25. August 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Fleischhauer

**Bekanntmachung  
über den Geltungsbereich der Pariser Verbandsübereinkunft  
zum Schutz des gewerblichen Eigentums**

**Vom 26. August 1976**

Die Pariser Verbandsübereinkunft vom 20. März 1883 zum Schutz des gewerblichen Eigentums in der in Stockholm am 14. Juli 1967 beschlossenen Fassung (Bundesgesetzbl. 1970 II S. 293, 391) wird nach ihrem Artikel 21 Abs. 3 für

Libyen am 28. September 1976  
in Kraft treten.

Libyen hat bei Hinterlegung seiner Beitrittsurkunde eine Erklärung nach Artikel 28 Abs. 2 abgegeben.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 23. Juli 1976 (Bundesgesetzbl. II S. 1460).

Bonn, den 26. August 1976

Der Bundesminister des Auswärtigen  
Im Auftrag  
Dr. Verbeek

**Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz**

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

**Bezugsbedingungen:** Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt Postfach 13 20, 5300 Bonn 1, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

**Bezugspreis:** Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

**Preis dieser Ausgabe: 2,60 DM (2,20 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 3,— DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.**